

## Antrag

der CDU-Fraktion und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Sicheren Rettungsdienst im deutsch-polnischen Grenzraum schnell umsetzen und Kooperationsvereinbarung über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst endlich abschließen**

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

die Verhandlungen über den grenzüberschreitenden Rettungsdienst mit der Republik Polen, als Bestandteil der Daseinsvorsorge und nach Artikel 4 des deutsch-polnischen Rahmenabkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst, zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Dem Landtag ist hierzu im September 2018 ein Sachstandsbericht vorzulegen.

#### Begründung:

Grundsätzlich sind die völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Abschluss des Rahmenabkommens bereits seit langer Zeit geschaffen. Mit der Republik Polen gibt es im Rettungsdienst allerdings nach wie vor keine Kooperationsvereinbarung nach Artikel 4 des Rahmenabkommens, das am 22.05.2013 im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht wurde. Aus diesem Grund können keine grenzüberschreitenden Patiententransporte gewährleistet werden, vielmehr müssen kranke Personen sogar zeitaufwändig umgeladen werden. Die Einhaltung von Rettungsfristen ist nicht nur ein innenpolitisches Thema, es ist vor allem auch ein gesundheitspolitisches Thema, weil mit dem Status quo die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in Grenzregionen gefährdet wird. Dieses Problem ist in den betroffenen Regionen permanent präsent und allgegenwärtig. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort nicht mehr vermittelbar, warum es für dieses Problem seit nunmehr über 5 Jahren keine Lösung gibt.

Auf Grund wechselnder Zuständigkeiten auf polnischer Seite, Umstrukturierungen in Polen sowie unterschiedlicher Anforderungen hinsichtlich der Frage, wer eine solche Vereinbarung (Land/Landkreis) zu zeichnen habe, kam es bisher nicht zu einem Abschluss. Ungeklärte Fragen konnten nach Auskunft der Landesregierung (DS 6/8323) scheinbar zuletzt geklärt werden und dennoch gibt es nach wie vor keine finale Kooperation zwischen den Beteiligten. Polen hat mit Renata Szczech eine neue Koordinatorin für die deutsch-polnische Zusammenarbeit ernannt, mit ihr ist Kontakt aufzunehmen und das Problem, im Zweifel auch durch Zeichnung der internationalen Kooperationsvereinbarung durch das Land Brandenburg schlussendlich zu lösen.

Eingegangen: 17.04.2018 / Ausgegeben: 17.04.2018